

Erscheint täglich außer Sonntag.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,50 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 8

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareillezeile
80 Pf., Reklamezeile 5 R. Ermäßigungen nach Tarif.
Postkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37536. Fernsprecher: Dönhoff 292 bis 297

Deckungsprogramm Nr. X.

Brüning vor dem Reichsrat. — Die Weltarbeitskrise.

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats erlebten heute ein besonderes Schauspiel. Außer den ständigen Mitgliedern der Reichsratsausschüsse waren die Ministerpräsidenten der Länder telephonisch und telegraphisch herbeigerufen, um das Deckungsprogramm Nr. X. unmittelbar und persönlich zur Kenntnis zu nehmen. Dazu hatten sich auch zahlreiche Reichstagsabgeordnete eingefunden. Denn das Plenum des Reichstags war von 10 Uhr auf 12 1/2 Uhr vertagt worden, um Gelegenheit zu geben, daß die Abgeordneten ihre Kollegen, den Reichsfinanzminister und den neuen Finanzminister, an anderer Stelle ihre neuesten Finanzprojekte erläutern hören könnten. Herr Brüning hielt als Kanzler des immerhin brüchigen Bürgerblocks eine sehr ausführliche Rede, der wir die folgenden Partien entnehmen:

Die Reichsregierung zieht die früheren Deckungsvorlagen zurück und reicht neue Deckungsvorlagen ein. Aus einer ausgehäuteten Lebenssteuer werden 110 Millionen zur Deckung des Defizits entnommen. Dazu tritt ein fünfprozentiger Zuschlag auf alle Einkommen über achttausend Mark mit einem Ertrage von 58 Millionen. Im Etat sollen Abstriche gemacht werden in Höhe von hundert Millionen. Außerdem sollen aus dem Ministerdefizit des vergangenen Jahres 35 Millionen entnommen werden. Endlich sollen 135 Millionen durch eine Reichshilfe der Personen im öffentlichen Dienst aufgebracht werden.

Der Etat und die Etatschätzungen des früheren Kabinetts waren in einer Zeit aufgestellt, deren Merkmale auch noch gültig waren für ihre Verabschiedung, aber mit ganz anderen wirtschaftlichen Ausblicken, als sie zurzeit bestehen.

Die Schätzungen waren zunächst darauf ausgelegt, daß die Young-Anleihe sehr viel früher zustande kommen würde und daß man damals von der Placierung der Young-Anleihe unmittelbar einen erheblichen Aufschwung der Wirtschaft, namentlich in Deutschland erhoffte.

Wir stehen vor wirtschaftlichen Erscheinungen, wie sie in dieser Eigenart in den letzten Jahrzehnten nicht bestanden haben. Als die Reichsregierung ihre internen Schätzungen aufstellte, herrschte noch ein gewisser Optimismus in den Vereinigten Staaten, auch bei den amtlichen Stellen. Es hat sich aber gezeigt, daß dieser Optimismus nicht begründet und vielmehr damit zu rechnen ist, daß

namentlich in den Vereinigten Staaten die Arbeitslosigkeit und die Erschütterung der Wirtschaft sehr viel längere Zeit

dauern wird, als vorher selbst die Pessimisten angenommen haben. Die Krise der Wirtschaft hat sich auf die ganze Welt ausgebreitet. Ich erinnere an die außerordentliche Arbeitslosigkeit und den Rückgang des Außenhandels in Japan, an die Auswirkungen der Unruhen in Indien, Ueberfall ist eine Arbeitslosigkeit eingetreten in den Monaten einer Saison, in denen normalerweise die Arbeitslosigkeit erheblich zurückging. Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland nicht so ungünstig, wie vielfach angenommen wird. Trotzdem müssen wir mit einer erheblich höheren durchschnittlichen Arbeitslosigkeit rechnen, als noch vor zwei Monaten. Die Berechnungen beruhen jetzt auf die Durchschnittsziffer von 1,6 Millionen Arbeitslosen. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß diese Ziffer durch die Maßnahmen der Reichsregierung im Laufe dieses Jahres tatsächlich durchgehalten wird. Die Reichsregierung mußte auf dieser vorsichtigen Schätzung aufbauend sofort darangehen, ein neues Deckungsprogramm aufzustellen. Mit der Weltwirtschaftskrise ist verbunden eine internationale Veränderung des Preisniveaus auf der ganzen Linie, am wenigsten allerdings in den Einzelhandelspreisen. Die Preise sollen allgemein die Tendenz haben, wenigstens die Großhandelspreise, auf das Niveau der Vorkriegszeit zurückzugehen. Das sind zum großen Teil heute noch Vermutungen. Niemand kann sie richtig beurteilen, wie insgesamt

in der Finanzwelt überall eine außerordentlich unsichere Beurteilung der Lage und der zukünftigen Entwicklung in den letzten zwei Monaten eingetreten

ist für die gesamte Wirtschaftsentwicklung und damit auch für die finanziellen Einnahmen des Reiches ist diese Preisentwicklung von ganz ungeheurer Bedeutung. Die Spanne zwischen Produktionspreisen, Rohstoffpreisen und Agrarpreisen ist ganz außerordentlich geworden. Jede Regierung in irgendeinem Lande der Welt ist angesichts dieser Tatsachen ganz plötzlich vor außerordentlich schwie-

rige Aufgaben gestellt. Die Lage ist auch deswegen erschwert worden, weil eine Reihe von Ländern weitere Zollerhöhungen vorgenommen haben, um die drohenden Gefahren aus der geschilderten Entwicklung für ihre eigene Industrie abzuwehren.

Wir haben es nicht mit einer normalen Krise zu tun, sondern mit einer Krise, die ungeheure Aufgaben auf allen Gebieten schafft, und deren Ueberwindung eine Lebensnotwendigkeit und Schicksalsfrage des deutschen Volkes ist.

Diese Reichsregierung hatte es sich zur Aufgabe gemacht, unter allen Umständen vollkommene Klarheit über den Stand der Reichs-

„Schein“behandlung

Ein Krankenschein soll demnach 1,- M. bis 1,50 M. kosten.



Der Kassenarzt: „Erst muß ich den Schein untersuchen, ehe ich Sie untersuchen darf“.

finanzien dem deutschen Volke zu geben, sie glaubte dazu verpflichtet zu sein, um die Gefahren vergangener Jahre zu bannen und angesichts der Tatsache, daß in den vergangenen Jahren aus Mangel an Einsicht der Parteien oder aus außenpolitischen Rücksichten nicht sofort bei einer veränderten finanziellen Situation die Initiative ergriffen und energisch an ein Sanierungsprogramm herangegangen wurde.

Die neuen Vorschläge

ergeben sich folgendermaßen: der Mehrbedarf für die Arbeitsfürsorge beläuft sich auf 162 Millionen Mark, die Rindereinnahmen konnten auf 150 Millionen geschätzt werden bei der Voreinschätzung des Etats, obgleich sie dort knapp bemessen waren; außerdem sind aus dem Etat noch 174 Millionen für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung bereitzustellen — alles in allem also 486 Millionen. Die Abdeckung dieses Bedarfs habe ich schon dargestellt. Die vielfach geäußerten Wünsche, die Abdeckung dieser Summe im Etat im Rahmen des übrigen Programms, das die Reichsregierung für die Sanierung der Wirtschaft und die Gesamtreform der Reichsfinanzien vorbereitet, ist für die Reichsregierung nicht akzeptabel aus einer ganzen Reihe von Gründen.

Entscheidend für den Kredit des Reichs und das Ansehen jeder Reichsregierung ist es in erster Linie, daß nicht getrübt wird an dem Schuldentilgungsplan der „Lex Schäffl“ vor Weihnachten. Diese Aufgabe auf längerer Zeit zu verschieben, würde in der ganzen Finanzwelt unseren Kredit erschüttern und den Glauben an den energischen Willen des deutschen Volkes zur Sanierung seiner Finanzen. Es würde auch im Innern Deutschlands zu einer bedenklichen Vertrauenserschütterung führen. Denn man darf nicht unterschätzen: trotzdem unsere Finanzdebatten früher überschattet wurden von dem schweren Ringen um den Young-Plan,

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Eisenbahnzug unter Erdmassen Folgen eines Erdbebens in Japan. — 50 Reisende begraben.

London, 28. Juni.

Nach Meldungen aus Tokio ist ein Eisenbahnzug bei Yamaguchi durch einen sehr umfangreichen Erdbeben vollkommen begraben worden. In dem Zug befanden sich fünfzig Reisende, deren Schicksal vorläufig unbekannt ist. Achtehundert Arbeiter sind feierhaft mit der Ausgrabung des Zuges beschäftigt, ohne daß es ihnen jedoch bisher gelungen wäre, zu den Passagierabteilen vorzudringen.

Abmarsch nach Straßburg.

Brückentopfgebiet Rehl besatzungsfrei.

Rehl, 28. Juni.

Die letzten französischen Truppen, ein Bataillon des Infanterieregiments Nr. 170, haben heute Rehl kurz nach 8 Uhr verlassen und sind über die Rheinbrücke nach Straßburg abmarschiert. Damit ist das Brückentopfgebiet Rehl endgültig von der Besetzung frei.

Fünf Millionen arbeitslos in Amerika.

Protest gegen die Zahlen der Länderregierung.

New York, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Die Arbeitskommission des Staates New York Miß Perkins protestierte gegen die von der Bundesregierung bekanntgemachten Arbeitslosenziffern, die laut Zahlenunterlagen der einzelnen Landestelle auf 3 Prozent der Totalbevölkerung errechnet wurden. Die maßgebende Wirtschaftlerin bezeichnet diese Berechnung als gänzlich irreführend, da nur 40 Prozent der Landesbevölkerung als Arbeitskräfte anzusehen seien und überdies die schwachbewohnten Agrardistrikte berücksichtigt wurden. Die Kommission beziffert die Totalarbeitslosigkeit auf mindestens 13 Prozent der arbeitenden Bevölkerung oder auf 5 Millionen und fordert eine ungeschliffene erneute Prüfung der Arbeitslosenziffern.

Washington, 28. Juni.

Der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, William Green, erklärte, daß etwa 20 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder gegenwärtig arbeitslos seien. Eine Besserung sei erst im Spätsommer (?) zu erwarten.

Wieder antipolnische Demonstration.

Von Kommunisten in Paris.

Paris, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Eine Gruppe von etwa 40 jugendlichen Kommunisten unternahm am Freitagabend kurz vor elf Uhr eine Protestdemonstration gegen die polnische Botschaft in Paris. Unter Schmährufen auf Pilsudski wurden sämtliche Fensterscheiben des Gebäudes eingeworfen. Nach ihrer Tat suchten die Kommunisten so schnell das Weite, daß die Polizei nur noch das leere Schlachtfeld vorfand.

Der Anlaß zu dieser Demonstration wird der gleiche sein wie der zu der Kommunistendemonstration vor dem polnischen Konsulat in Berlin: die skandalöse Beurteilung von drei polnischen Jungkommunisten zum Tode, die vor kurzem ein polnisches Gerichtshof wegen Flugblattverbreitung (!) ausgesprochen hat.

Schieles Roggenbrotgesetz

nach langen Kämpfen im Reichstagsausschuß angenommen.

Das Roggenbrotgesetz wurde heute im Ausschuß nach längeren Kämpfen mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten und der drei Vertreter des Bäckerergewerbes angenommen. Der Kernpunkt des Gesetzes, der Verkauf nach Gewicht, fand eine Mehrheit trotz aller Einwände, die besonders die Wirtschaftspartei dagegen ins Feld führte. Gegen den Antrag der Sozialdemokratie wurde die 60prozentige Zustimmung beschlossen, gleichzeitig wurde vom Ernährungsminister eine Erhöhung des Kleinzolles in nahe Aussicht gestellt, damit der vermehrte Kleinzoll nicht preisdrückend wirken kann.

hat ein so hohes Maß an Vertrauen im eigenen Volke herbeigeführt. Das ist

Keine Schuld der damaligen Regierung

gewesen, die zur Zeit von Anleiheverhandlungen vielfach, auch durch die Bemühungen der Kreuzer-Anleihe, das Kassendefizit gedeckt hat. Aber schieben wir noch einmal die rücksichtslose Sanierung der Finanzen auf, dann ist es möglich, daß wir in einem späteren Zeitpunkt die weiteren internationalen Finanzverhandlungen ebenso haben, wie die Sachverständigen nach Paris gegangen sind, nämlich daß, wenn uns Forderungen gestellt werden, wir nicht wegen unserer Finanzlage in die Hände der Gläubiger fallen, sondern gezwungen sind, nachzugeben. Das Ziel und das Programm der Reichsregierung ist auf lange Sicht hinaus, die schwer erkaufte Freiheit von der Kontrolle zu erhalten und zu sichern, auch die außenpolitische Freiheit für die nächsten Jahre zu stabilisieren; daß

der Übergang von dem früheren System der Kontrolle zur Freiheit der Finanzgebarung vom deutschen Volke noch nicht vollkommen verstanden

wurde, braucht nicht zu wundern, aber es ist unsere Pflicht und Aufgabe, darauf aufmerksam zu machen und vom ersten Augenblick an mit jähem Willen dafür zu sorgen, daß die Konsequenzen dieser Freiheit in den Instinkt der parlamentarischen Körperschaften eingehen. Ziehen wir jetzt die Tilgung wieder auseinander, so kommen wir wieder in die Situation, wo Jahr für Jahr ein Sanierungsprogramm aufgestellt wird, aber die Versprechungen nicht durchzuführen sind. Es ist auch entscheidend für die politische Entwicklung Deutschlands, daß wir festhalten an der unbedingten Bereitstellung dieser Fonds für die Finanzsanierung und für die Umstellung des Finanzsystems, wie es die Reichsregierung für den Herbst vorbereitet. Der Glaube an eine absolute sichere, abfolot und reiflos verantwortungsvolle Finanzpolitik ist die Voraussetzung, daß die übrigen Maßnahmen der Reichsregierung zur Behebung der wirtschaftlichen Lage durchgeführt werden können. Was ist das Ostprogramm, wenn es nicht gelingt, die Kredite zu erhalten. Was ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm, wenn der Glaube an die Kreditwürdigkeit des Reichs und an den festen Willen zur Finanzreform erschüttert wird? Diese Abdeckung des Defizits ist die Voraussetzung, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Der Komplex der geldgeberischen Maßnahmen, der jetzt nach zum Teil im Reichstag für agrarpolitische Zwecke vorliegt, muß noch abgeschlossen werden durch ein Standardisierungsgesetz, das die Reichsregierung in den nächsten Tagen verabschieden wird. Dann sind die inneren Fragen für die Landwirtschaft im wesentlichen abgeschlossen. Dann kommt eine andere Frage, die uns Sorge macht,

Das Frachtenproblem und die Sicherung der Finanzlage der Reichsbahn.

Die Reichsbahn schätzt ihr Defizit in diesem Jahre auf 500 Millionen. Deckung durch Tarifierhöhung würde nicht zu einer Erleichterung der Wirtschaft und zur Senkung der Produktionskosten führen. Wir müssen das gesamte Frachtenproblem auf der Schiene und auf der Straße gegeneinander abstimmen und helfen, daß die Eisenbahnen in der Lage sind, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, ohne dauernd bei der schwankenden Wirtschaftslage zu neuen Tarifierhöhungen zu kommen und dann wiederum die Wirtschaft mehr zu belasten und die Arbeitslosigkeit zu fördern.

Die Tendenz der Reichsregierung auf Senkung der Preise und der Produktionskosten kann nicht einen Erfolg haben — auf lange Sicht gesehen —, wenn nicht nach gelenkten Preisen auch tatsächlich für die betreffenden Werte der Auftragsbestand sich mehrt und der Erfolg gerade der rationalisierten Wirtschaft sichergestellt werden kann. Auch

für die Behebung des Pessimismus in der Bevölkerung ist es von entscheidender Bedeutung, daß dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt wird.

Es muß gelingen — und wir sind der Überzeugung, daß es gelingen wird —, dadurch zu einer langsamen Besserung der Wirtschaft zu kommen. Im Zusammenhang mit der Behebung der Aufgabe des Arbeitsbeschaffungsprogramms wollen wir zu einer weiteren Senkung der Preise kommen. Schon 1926, wo wir eine partielle Krise hatten, die deswegen verhältnismäßig leicht überstanden werden konnte, weil die übrige Welt aufnahmefähiger war, hat man sich entschlossen, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzubauen. Wir müssen unter allen Umständen jetzt dieselben Maßnahmen — allerdings mit anderen Methoden ohne Erschütterung und Belastung des Gelds — durchführen.

Daß die Deckungsansprüche der Reichsregierung nicht populär sind, darüber ist sich die Reichsregierung klar. Aber weder Anleihen noch Steuererhöhungen kommen jetzt in Frage. 135 Millionen Mark stellen durch die Reichshilfe der Beamten gedeckt werden. Der Grund zu diesem formal leicht zu kritisierenden Vorschlag ist ein psychologischer, aber auch ein rein etatsmäßiger. Psychologisch:

angeht die ungeheuren Arbeitslosigkeit und der Tendenz zu sinkenden Löhnen würde es praktisch sehr schwer sein, die Ruhe aufrechtzuerhalten, wenn man all die Lasten einer ungünstigen weltwirtschaftlichen Konjunktur ausschließlich auf einzelne wenige Schichten werfen würde.

Diese Reichshilfe stellt gerade so wie die 100 Millionen Ersparnisse am Etat — tatsächlich kommt eine Ersparnis von 135 Millionen an öffentlichen Ausgaben heraus — eine außerordentlich milde Form dar. Die Reichsregierung war gezwungen, auch die Beamten der Länder und Gemeinden, der Eisenbahn und der Post heranzuziehen. Ich bin der Überzeugung, die Beamtenschaft wird selbst einsehen, daß dieses Opfer im Rahmen all der Opfer, die den verschiedensten Berufsständen zugemutet werden, notwendig ist, und daß sie sich diesem Opfer nicht verweigern wird in der vollen Erkenntnis, daß gerade eine solche befristete Form einer Ersparnis an den Personalausgaben für die Beamtenschaft zweifellos die mildeste überhaupt aufzufindende Form ist.

Die Reichsregierung muß an diesem Deckungsprogramm festhalten, auch an seiner zeitlichen Erledigung,

wenn nicht das selbe passieren soll, was sich in den vergangenen Jahren oft ereignet hat, daß man nämlich durch die Aufschübung von unbedingt sofort notwendigen Deckungsmaßnahmen die Situation für die spätere Zeit erheblich erschwert hat.

Hätte man beispielsweise im vorigen Jahre die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeträge schon im Juni vorgenommen, so würde das Defizit der Reichsanstalt nicht jetzt durch eine so gewaltige Erhöhung der Beiträge gedeckt werden müssen. Alles, was in einem entscheidenden Augenblick versäumt wird, muß später mit erheblich größeren Kosten nachgeholt werden. Das ist das ganze Ergebnis der deutschen Finanzpolitik der letzten Jahre. Wir müssen brechen mit dem System der vergangenen Jahre, wo wir glaubten,



Rheinland-Befreiungslater

Mit der Umschrift „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“ werden am 1. Juli Erinnerungsmünzen im Werte von 3 und 5 RM. herausgegeben

Kohlenkonvention abgelehnt.

Durch Haltung der Reichsregierung Mehrheit nicht erreicht.

Genf, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Die Internationale Arbeitskonferenz hat heute morgen mit 93 gegen keine Stimme bei einer Anzahl Enthaltungen die Zwangsarbeitskonvention angenommen.

Vor der Schlussabstimmung über die Konvention für die Arbeitszeit der Kohlenbergleute gab der Vertreter der deutschen Regierung, Ministerialrat Sijler, eine Erklärung ab, in welcher ausgeführt wurde, daß die deutsche Regierungsvertretung sich der Stimme enthalten werde, weil die Konvention die Gewährung von Ueberzeitarbeit aus wirtschaftlichen Gründen nicht berücksichtigt habe. In der darauf folgenden Abstimmung, welche 70 Stimmen für und 40 Stimmen gegen die Konvention aufbrachte, wurde folgende

die erforderliche Zweidrittelmehrheit (73) nicht erreicht, und der Präsident mußte erklären, daß die Konvention verworfen sei.

Darauf setzte eine kurze lebhafte Debatte ein. Der deutsche Regierungsvertreter stellte sofort den Antrag, die Frage der Arbeitszeit der Kohlenbergleute auf die Tagesordnung der nächsten Arbeitskonferenz zu stellen. Der englische Regierungsvertreter unterließ diesen Antrag. Er erhob jedoch dabei gleichzeitig starke Vorwürfe gegen die deutsche Regierung, weil sie es verweigert habe, daß die Konvention in dieser Konferenz nicht zustande gekommen sei. Unterstaatssekretär Schimmell führte dabei aus, daß in der Kommission die Arbeitergruppe und die britische Regierung der deutschen Regierung sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht haben und es wäre deshalb sehr bedauerlich, daß die deutsche Regierungsvertretung ihrerseits wegen einer Frage von unter-

geordneter Bedeutung sich der Stimme enthalten und damit zur Verwerfung der Konvention geführt habe. Die Schuld für diese Verwerfung falle deshalb ganz auf die deutsche Regierung. Der belgische Arbeitervertreter Dujardin machte ebenfalls in einer kurzen Erklärung die deutsche Regierungsvertretung für die Verwerfung der Konvention verantwortlich. Der deutsche Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Sijler, erwiderte auf die Vorwürfe, daß diese besser unterblieben wären. Die deutsche Regierungsvertretung hätte bei der Beratung der Konvention genügend Beweise davon gegeben, daß sie mit bestem Willen für die Regelung der Arbeitszeit der Kohlenbergleute eintrete. Einen weiteren Beweis liefere sie jetzt dadurch, daß sie die Wiederbehandlung der Frage schon im nächsten Jahre beantrage.

Wenn die Frage der Ueberzeitarbeit im allgemeinen nicht von besonderer Wichtigkeit sei, so müßte die deutsche Regierung aber erklären, daß diese Frage für sie — also für Deutschland — von ganz großer Bedeutung sei, weshalb es auch durchaus gerechtfertigt war, daß sie sich der Stimme enthalten habe, nachdem in der Frage der Ueberzeitarbeit keine Verbesserung der Konvention sich als möglich erwies.

Der französische Regierungsvertreter Fontaine unterstützte ebenfalls kurz den deutschen Regierungsantrag für die Neubehandlung der Frage im nächsten Jahre. Dagegen hat der italienische Regierungsvertreter de Micheli die Auffassung vertreten, daß, wenn die Konferenz jetzt beschließt, die Frage der Arbeitszeit der Kohlenbergleute auf die Tagesordnung der nächstjährigen Arbeitskonferenz zu setzen, dies nur in dem Sinne geschehen könne, daß es sich um die erste Lösung der Frage handele.

auf Grund eines vielleicht noch vielfach günstigen Zustandes auf der ganzen Linie Ausgaben aufzustellen, die auf die Dauer nicht zu ertragen sind. Wir müssen einsehen, welche Ausgabemöglichkeiten vorhanden sind, und danach muß sich unbedingt die Politik der Reichsregierung in den nächsten Jahren richten. Welt die Freiheit, die wir teuer erkaufte haben, die Freiheit von der Kontrolle, uns dazu zwingt, uns unter allen Umständen zu sichern gegen Wiederholungen von Zuständen, wie ich sie angedeutet habe, bei künftigen internationalen Finanzverhandlungen. Wir müssen unter allen Umständen jetzt den Mut haben, das zu tun, was uns nach Ansicht der Reichsregierung über die Kulmination der Schwierigkeiten, über den Berg hinüberbringt.

Diese Rede wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört. Beifall war nicht zu hören, ist im Reichsrat auch nicht Sitte. Im Anschluß an die Kaiserrede sprach Reichsfinanzminister Dietrich über das Deckungsprogramm. (Vgl. 4. Seite.)

Die Aufnahme im Reichsrat.

In der Besprechung über die Vorschläge der Reichsregierung kam eine einheitliche Stellungnahme der Länder nicht zum Ausdruck. Wohl war die Stimmung für die neuen Vorschläge der Regierung bedeutend günstiger als für die früheren Vorschläge Wolkenhauers. Es darf angenommen werden, daß das Gesamtprogramm der Regierung im Reichsrat eine Mehrheit findet. Das jetzige Programm ist auch nur als ein vorläufiges bezeichnet, als ein Ausräumungsprogramm, weitere finanzpolitische Maßnahmen wurden in Aussicht gestellt.

Reichsrat gegen Krankenkassen.

Verschlechterungsgesetz angenommen.

Der Reichsrat hat heute das Verschlechterungsgesetz gegen die Krankenkassen angenommen. Er hat dabei die Gebühr für einen Krankenschein von 1.— M. auf 50 Pf. herabgesetzt, den vorgeesehenen Beitrag zu den Arzneikosten aber belassen.

Schwere Unwetter in Kanada.

Eisenbahnkatastrophen. — Nahezu 100 Tote.

New York, 28. Juni.

Furchtbare Gewitterstürme, die von schweren Hagelschlägen begleitet waren, wütheten in den südlichen Provinzen Kanadas, besonders in Ontario. Durch Blitzschläge und Hagelstürme, die ein Pfund wogen, sind 53 Menschen getötet worden. Der Sachschaden ist sehr groß. Auch in den angrenzenden Nordstaaten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, besonders im Gebiet der großen Seen, haben heftige Gewitter gewüthet; dabei wurden 33 Personen getötet und 12 verletzt.

Als Folge der Ueberschwemmungen haben sich im Staate Ontario verschiedene schwere Eisenbahnkatastrophen ereignet. Auf der Strecke Toronto—Winnipeg ist ein Expreszug der kanadischen Eisenbahn am Freitag 100 Meilen westlich von Capero im Norden der Provinz Ontario entgleist. Durch die schweren Regenschläge der letzten Wochen war der Bahnkörper an verschiedenen Stellen unterwaschen, wodurch einige Wagen des Expreszuges sich in voller Fahrt überschlugen. 5 Personen, darunter 4 Kinder, wurden getötet, 21 andere wurden verletzt. Ein anderer Zug der kana-

dischen Nationalbahn ist vorher fast an derselben Stelle verunglückt. Dabei wurden 6 Tramps (Schwarzfahrer) getötet. Ein dritter Zug hatte im Süden der Provinz Ontario einen ähnlichen Unfall zu verzeichnen. In der Nachbarschaft von Ludburg sind die Ueberschwemmungen besonders stark.

Groß-Kreuzer Mörder verhaftet?

Ein verdächtiger Pole bei Jüterbog festgenommen.

Jüterbog, 28. Juni. (Eigenbericht.)

Heute früh wurde auf der Chaussee zwischen der Ortschaft Marktenkirchen und Jüterbog ein Pole festgenommen, von dem man bisher annahm, daß es sich um den flüchtigen Mörder von Groß-Kreuz, den 33jährigen Polen Stanislaus Kochanski handelt, dem am 30. Mai zwei Menschenleben zum Opfer fielen.

Ein Oberlandjägermeister und zwei Sandjägermeister, die sich auf einem Patrouillenritt befanden, sahen in einer Entfernung auf der Chaussee einen Mann, der beim Näherkommen der Beamten einen Seitenweg einschlagen wollte. Auf Anruf blieb der Mann jedoch stehen und als die Beamten seine Taschen durchsuchen wollten, riß sich der Fremde plötzlich los und flüchtete querfeldein. Der Fluchtversuch war aber erfolglos, denn schon nach wenigen Minuten hielten die Polizeibeamten den Verdächtigen ein, der sich in einem Gebüsch hinter einem Kleefeld versteckt hatte. Bei der Flucht hatten die Beamten beobachtet, wie der Mann mehrmals etwas von sich warf. Als die Beamten der Spur noch einmal genau nachgingen, fanden sie einen Revolverlauf, den dazugehörigen Kolben und Patronen. Die Waffe hatte der Mann zerlegt in der Tasche getragen. Da jeder Widerstand nutzlos gewesen wäre, ließ sich der Mann festnehmen. In Jüterbog wurden in seinem Besitz Papiere gefunden, die auf verschiedene Namen lauten und offenbar gefälscht sind. Wie die Jüterboger Polizeiverwaltung erklärt, paßt die Beschreibung auf den flüchtigen Groß-Kreuzer Mörder bis in alle Einzelheiten.

Inzwischen haben sich vom Berliner Polizeipräsidium mehrere Kriminalkommissare nach Jüterbog begeben, um die näheren Feststellungen zu treffen.

Generalfreife in Spanien.

Nach Sevilla, Granada und Bilbao.

Aus Sevilla wird berichtet, daß die Arbeiter der Munitionswerke, der Tabakfabriken sowie verschiedener anderer Betriebe im Bezirk Triana die Arbeit wieder aufgenommen haben. Die Ruhe und Ordnung in den Straßen werde von der Bürgerwehr aufrechterhalten. Rundgerummel wurden zerstreut und viele Personen verhaftet. Auf Befehl der Behörden bleiben alle Trinstätten geschlossen.

Während in Sevilla völlige Ruhe eingetreten ist und die Stadt ihr ursprüngliches Bild wieder angenommen hat, haben die Streikenden in Malaga ihre Arbeit am Freitag morgen zwar überall normal aufgenommen, sie aber eine halbe Stunde später wieder geschlossen niedergelegt. Die noch über 1000 Streikenden bildeten mehrere Schiffe auf die Offizierte der Bürgerwehr abgegeben. Verschiedene Trupps junger Burken, die familiäre Schaufenster der Stadt zerflügen, wurden von der Polizei mit blanker Waffe auseinandergetrieben. Verletzte sind nicht zu verzeichnen.

In Granada wurde am Freitag der Generalfreife erklärt. Unruhestörungen sind bisher nicht vorgekommen. In Bilbao streiken die Hochofenarbeiter. Hier ist zu Montag ebenfalls Generalfreife angekündigt worden. Der Kurs der Befreiung ist an den hiesigen Bärken neuerdings fast gefallen.

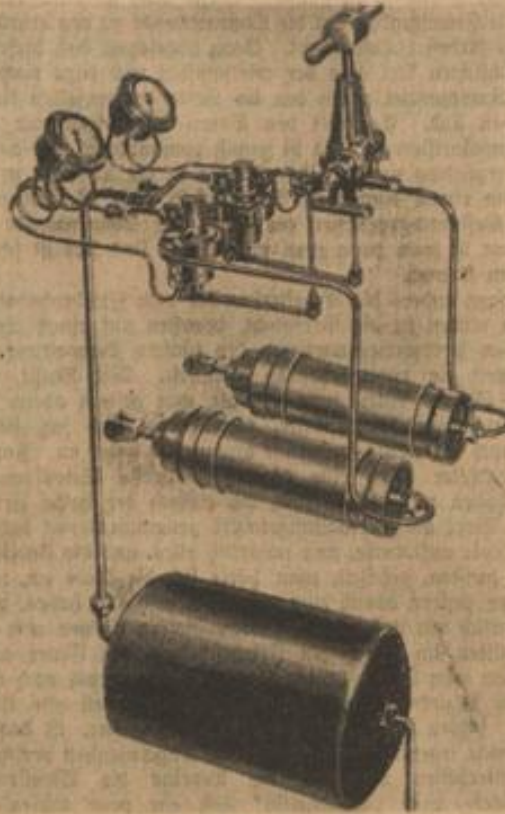
Druckluft-Bremsen für Flugzeuge

In den technischen Beschreibungen des neuen Junkers-Riesenflugzeuges „G 38“ war u. a. auch davon die Rede, daß die Maschine zur Verkürzung des Auslaufs bei der Landung mit einer neuartigen Druckluftbremse der Fahrgeleise ausgerüstet sei. Da es sich hier um eine für die zukünftige Entwicklung des Flugverkehrs sehr bedeutsame Neuerung handelt, dürfte eine kurze Schilderung der Konstruktion und Wirkungsweise dieser von einer bekannten deutschen Großfirma entwickelten und gebauten Bremse von allgemeinem Interesse sein. Die Gründe, die die Werte bewegen haben, ihre Type „G 38“ mit einer besonderen Fahrgeleisebremse zu versehen, sind in großen Umrissen folgende: Solange die Flugzeuge verhältnismäßig klein und leicht waren und beim Landen nicht über eine bestimmte Geschwindigkeit (70—80 Kilometer/Stunden) hinausliefen, war es möglich, die Abbremsung des Auslaufs allein durch die Luft- und Bodenreibung, unterstützt durch den am Schwanzende der Maschine angebrachten Schleifsporn, erfolgen zu lassen. Als jedoch die Flugzeuge in den letzten Jahren immer größer, schwerer und schneller wurden, gelangte man schließlich zu Auslaufstrecken, die bei Windstille nicht selten mehrere hundert Meter betragen. Das zwang einerseits zur Anlage und Unterhaltung sehr großer, entsprechend teurer Flugplätze und bedeutete andererseits eine ständige Gefahrenquelle für den Fall einer Rottlandung in ungünstigem Gelände, wo keine genügend lange glatte Auslaufbahn zur Verfügung stand.

Bei einem Flugzeug von den Abmessungen und Gewichten der „G 38“, das zudem eine sehr erhebliche Geschwindigkeit besitzt, hätten sich die genannten Uebelstände natürlich in besonders starkem Maße bemerkbar gemacht. Das führte zu dem Gedanken, die Fahrgeleise mit vom Führer zu betätigenden Bremsen zu versehen, durch die sich die Auslaufstrecke nötigenfalls auf die Hälfte oder noch weniger verkürzen ließ. Gleichzeitig wurde es auf diese Weise möglich, den empfindlichen und die Grasnabe der Flugplätze oft stark beschädigenden Schleifsporn durch ein normales Laufrad zu ersetzen. Es zeigte sich jedoch, daß die Konstruktion einer brauchbaren Flugzeug-Auslaufbremse durchaus keine leichte Aufgabe war. Dem erstens dürfte die Betätigung der Bremse für den Führer trotz der gewaltigen lebendigen Energie, die zu vernichten war, mit keinem nennenswerten Kraftaufwand verbunden sein; zweitens müßte das Anziehen der Bremse mit jeder gewünschten Feinfühligkeit erfolgen können; und drittens dürfte die Federung der Fahrgeleise beim Ueberrollen von Bodenunebenheiten und dergl. durch die Bremsanlage in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Nach mancherlei Versuchen gelang es schließlich, in der Druckluft ein Mittel zur Uebertragung der Bremskraft zu finden, das den eben genannten Anforderungen in jeder Weise gerecht wurde. Durch die Druckluft wird der Führer von der eigentlichen Bremsarbeit vollkommen entlastet; seine Tätigkeit beschränkt sich auf das Öffnen und Schließen einiger kleiner Ventile, was nicht die mindeste körperliche Anstrengung erfordert. Die Druckluftübertragung der Bremskraft ermöglicht ferner ein außerordentlich weiches und feinfühliges Anziehen der Bremse, wie es auf rein mechanischem Wege kaum zu erreichen ist. Endlich lösen sich bei Verwendung von Druckluft auf das einfachste die Schwierigkeiten, die sonst durch die federnde Aufhängung der Räder im Fahrgeleise entstehen. Die Zuführung der Druckluft zu den unmittelbar an den Rädern sitzenden Bremszylindern erfolgt nämlich durch biegsame Schläuche, die jeder Bewegung der Radachse folgen und ihr Federpiel in keiner Weise behindern. Am einzelnen arbeitet die neue Bremse folgendermaßen: Zur Erzeugung der Druckluft dient ein kleiner Kompressor, der entweder von einer Nebenwelle des Motors oder durch einen im Fahrtwind liegenden Hilfspropeller angetrieben wird, und der die Luft über ein Rückschlagventil in einen aus Duraluminiumblech gefertigten Druckkessel pumpt. Bei Flugzeugen, die zum Anlassen der Motoren bereits einen Kompressor und einen Druckkessel besitzen, wird diese Anlage gleichzeitig zur Erzeugung der Bremsluft verwendet. Der Kompressor läuft ständig mit. Uebersteigt der Druck im Kessel eine bestimmte Höhe, so wird durch eine Regelmembrane das Leerlaufventil des Kompressors angehoben, wodurch die Druckluftförderung solange unterbrochen wird, bis der Druck im Behälter infolge Verbrauchs wieder etwas gesunken ist.

Die Regelung der Bremskraft erfolgt durch zwei mit dem Bremshebel verbundene Druckmindererventile, die eine Druck-



Schema der neuen Knorr-Druckluftbremse für Flugzeuge. Unten der Druckluftkessel, in Mitte zwei Bremszylinder, oben die beiden Regelventile samt Kontrollmanometer und Bedienungshebel mit Quergriff für Lenkung

auch der Bremsdruck auf gleicher Höhe. Jedes der erwähnten beiden Druckmindererventile dient zur Regelung der Bremszylinder einer Fahrgeleise. Je nach der Zahl der Laufräder werden zwei oder vier Bremszylinder verwendet, die unmittelbar an der Radachse sitzen und mit ihr mitbewegen. Das Federpiel der Achse bleibt also ohne Einfluß auf die Größe der Bremskraft. Die Zuführung der Druckluft zu den Bremszylindern erfolgt durch biegsame Schläuche, die an eine längs der Fahrgeleise fest verlegte Rohrleitung angeschlossen sind.

Versuche haben ergeben, daß sich mit Hilfe der neuen Bremse die Auslaufstrecke auf etwa ein Drittel ihrer ursprünglichen Länge verkürzen läßt. Sie haben weiterhin ergeben, daß das Flugzeug selbst dann nicht sich überschlägt, wenn der Führer bei der Landung versehentlich zu stark bremst, so daß die Räder blockiert werden und beim Aufsetzen der Maschine auf den Boden nicht rollen, sondern gleiten. Diese auf den ersten Blick überraschende Tatsache erklärt sich daraus, daß der anfänglich (solange die Hubwirkung der Tragflächen noch beträchtlich ist) nur geringe Rollkraft eine entsprechend geringe Reibung am Boden und dadurch eine nur unmerkliche Rippneigung hervorruft. Verringert sich die Geschwindigkeit und läßt die Hubwirkung der Tragflächen nach, so wächst zwar der Rolldruck und damit die Reibung und die Rippneigung, im selben Maße steigt aber auch automatisch die Stabilität des Flugzeugs. Die neue Bremse ermöglicht jedoch nicht nur die geschätzte erhebliche Verkürzung des Auslaufweges, sondern verleiht dem Flugzeug gleichzeitig beim Rollen auf dem Boden eine hervorragende Lenkfähigkeit, da eine sinnreiche Zusatzeinrichtung es dem Führer ermöglicht, die Räder der beiden Fahrgeleise verschieden stark abzubremsen. Die oben erwähnten beiden Druckmindererventile sind zu diesem Zweck durch ein Regelrad-Differentialgetriebe mit den Seitensteuer-Fußhebeln im Führerfuß gekuppelt. Die Kuppelung ist so ausgebildet, daß, wenn sich der Handbremshebel in Ruhestellung befindet, die Bewegungen der Seitensteuer-Fußhebel ohne Einfluß auf das Differentialgetriebe bleiben. Will der Führer dagegen bremsen und drückt zu diesem Zweck den Handbremshebel vor, so bewirkt jeder Ausschlag der Seitensteuer-Fußhebel eine Verdrehung des Differentialgetriebes, wodurch die beiden Druckmindererventile gegeneinander so verstellt werden, daß auf der einen Seite eine Erhöhung, auf der anderen Seite eine Verminderung des Bremsdrucks eintritt. Das Flugzeug wird infolgedessen einen Bogen nach der Seite des stärker gebremsten Rades beschreiben. Wie die praktischen Versuche gezeigt haben, lassen sich auf diese Weise so enge Kurven fahren, daß sie fast einem Wenden auf der Stelle gleichkommen. Natürlich ist es auch möglich, die Betätigung der Lenkung und Bremsung in einen gemeinsamen Handgriff zu verlegen. Der Bremshebel erhält zu diesem Zweck oben einen drehbaren Quergriff. Durch einfaches Vordrücken des Hebels wird ein gleichmäßiges Bremsen beider Fahrgeleise bewirkt, während gleichzeitiges Verdrehen des Quergriffes ein Differenzieren der Bremskraft und damit ein Lenken des Flugzeugs ermöglicht.

Die neue Druckluft-Auslaufbremse darf nach alledem als ein wichtiges Hilfsmittel zur Erhöhung der Sicherheit im Flugverkehr bezeichnet werden. Ihre allgemeine Einführung bei schweren, schnellen Flugzeugen dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein.

Wek.

Private Versuchslunksendeanlage

In Kreisen der Funkfreunde ist mehrfach die Frage aufgeworfen worden, ob ein experimentelles Arbeiten mit privaten Versuchslunksendeanlagen auf Wellen über 60 000 kHz (unter 5 Meter), die nach der allgemeinen Vollzugsordnung zum Weltfunkvertrag (Washington 1927) für keine besonderen Zwecke vorbehalten sind, einer Regelung der Deutschen Reichspost bedarf. Nach § 1 des Gesetzes über Fernmeldeanlagen (FMA) vom 14. Januar 1928 (RGBl. I S. 8) sind Funkanlagen elektrische Sende- und Empfangseinrichtungen sowie elektrische Empfangseinrichtungen, bei denen die Uebermittlung oder der Empfang von Nachrichten, Zeichen, Bildern oder Tönen ohne Verbindungsleitungen oder unter Verwendung elektrischer, an einem Leiter entlang geführter Schwingungen stattfinden kann. Auch bei den Anlagen zur Erzeugung sehr kurzer elektrischer Wellen handelt es sich um Funkanlagen, so daß deren Genehmigungspflicht außer Zweifel steht, da sie in jedem Falle für die Uebermittlung von Nachrichten, Zeichen, Bildern oder Tönen bestimmt sind oder hierzu tatsächlich verwendet werden. Es spielt dabei keine Rolle, ob eine Uebertragung nur innerhalb desselben Raumes bzw. desselben Grundstücks oder darüber hinaus stattfindet, denn die Ausnahmen von der Genehmigungspflicht, die der § 3 FMA vorsieht, gelten nicht für Funkanlagen (§ 3 Abs. 3 FMA). Deshalb sind alle „Funkanlagen“ ausnahmslos genehmigungspflichtig. Hochfrequenzbestimmungsgeräte, Klingeln, Hochfrequenzfeuerzeuge, Haushaltsmotoren (Staubsauger, Reilmotoren jeder Art), Lichtschalter, Quecksilberdampfgleichrichter usw. sind nicht Funkanlagen, wenn sie nur für ihren eigentlichen Zweck verwendet werden. Sie fallen aber als Funkanlagen unter das Gesetz über Fernmeldeanlagen, wenn sie unter Ausnutzung der bei ihrem Betrieb auftretenden elektrischen Schwingungen für die Uebermittlung von Nachrichten, Zeichen, Bildern oder Tönen bestimmt sind oder hierzu tatsächlich verwendet werden.

Wesentlich besteht ferner Unklarheit darüber, wie Anlagen zu behandeln sind, die sich nicht der Elektrizität als Uebermittlungsmittel bedienen, die vielmehr mit Wärmestrahlen, optischen (Lichtstrahlen) oder akustischen (Schallwellen) Mitteln arbeiten. Derartige Anlagen sind keine Funkanlagen; sie sind auch keine Fernmeldeanlagen, also genehmigungsfrei, wenn die Uebermittlungszeichen der sendenden Stelle selbst mit Auge, Ohr und Gefühl empfangen werden. Sie werden aber Fernmeldeanlagen im Sinne des Gesetzes über Fernmeldeanlagen und sind daher genehmigungspflichtig, wenn die Fernübermittlung in der Weise vor sich geht, daß die Uebermittlungszeichen der sendenden Stelle (ohne körperliche Uebertragung eines Trägers des zu Uebermittelnden) durch eine oder mehrere an einem anderen Orte befindliche Anlage nachgebildet (reproduziert) werden. Solche Anlagen sind nur dann genehmigungsfrei, wenn auf sie die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Ziffer 1 bis 3 des Gesetzes über Fernmeldeanlagen zutreffen. So wäre zum Beispiel eine Fernmeldeanlage, die keine Funkanlage ist, genehmigungsfrei, wenn die Anlage nicht über die Grenzen eines Grundstücks hinausgeht (§ 3 Abs. 1, 3a des Gesetzes über Fernmeldeanlagen).

Die Frage, ob Anlagen, die ultraviolette Strahlen oder Röntgenstrahlen aussenden, als Fernmeldeanlagen anzusehen sind, läßt sich allgemein nicht beantworten.

Bücher der Technik

Musterbetriebe deutscher Wirtschaft. Band 16. Die Fischwirtschaft. (Kühnlich A.-G., Wesermünde.) Von Dr. Walter Schlieke. Mit 45 Bildern. Berlin 1930. Organisation Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin W. 8, Leipziger Straße 115/116.

Das kleine Buch vermittelt einen lebendigen Einblick in die verschiedenen Zweige der Fischwirtschaft. Es behandelt zunächst den Fischfang auf offenem Meere, nämlich die Hochsee- oder Frischfischerei und die Heringsfischerei mit ihren wichtigsten Fangplätzen und Fangergebnissen, ihrem Einkauf und ihren Marktpreisen. Die Kühnlich A.-G. in Wesermünde wurde gegründet, um die Seefische durch patentierte Verfahren längere Zeit frisch zu erhalten. Der Verfasser beschreibt ausführlich diesen Betrieb, er schildert die Tiefkühlanlage, die Veredelung der Ware, die Herstellung von Kühlfischen und ihren Absatz.

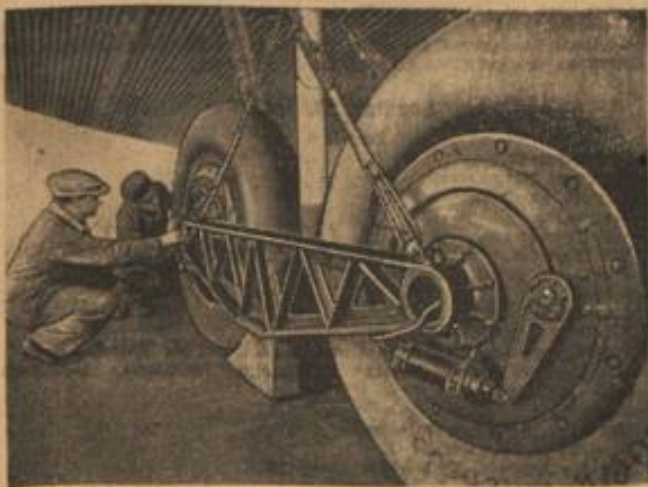
Das technische Lichtbild. Seine Herstellung und seine Verwendung in Schule, Vortrag und Industrie. Von Prof. Dipl.-Ing. G. von Hanffstengel. Berlin 1930. V.D.Z.-Verlag G. m. b. H., Berlin NW. 7. 104 Seiten mit 55 Abbildungen. Broschürt 5 M. (Für Mitglieder des V.D.Z. 4,50 M.)

Das Lichtbild wird heute in der modernen Pädagogik nicht nur beim Unterricht, sondern auch beim Abhalten belehrender oder unterhaltender Vorträge stark bevorzugt, weil es die lebendige Anschauung in ganz anderem Maße zu erregen vermag als das gesprochene Wort. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß das Lichtbild gut erkennbar ist. Das kleine Büchlein gibt gute, in der Praxis erprobte Ratsschläge zur Herstellung und Verwertung von Lichtbildern. Es behandelt den heutigen Stand des technischen Lichtbildwesens, die Technik der Lichtbildernennung und die Anwendung des technischen Lichtbildes in Unterricht, Vortragswesen und Industrie. Ein wertvoller Ratgeber für Pädagogen, Vortragende und alle Freunde des Lichtbildes.

Wir lernen Funkbasteln. Von F. Bädiger. 120. Bändchen der Sammlung Spiel und Arbeit. Preis 2 M. Verlag von Otto Walz, Ravensburg.

Der moderne Radioamateurl. Von F. Bädiger. Mit zwei Modellbogen. 116. Bändchen der Sammlung Spiel und Arbeit. Verlag von Otto Walz, Ravensburg. Preis 3,75 M.

Beide Bändchen bieten in allgemeinverständlicher Form eine Einführung in die Radiotechnik und leiten zum Bau von Empfangsgeräten an. „Wir lernen Funkbasteln“ ist gewissermaßen die Grundlage, auf der sich alles andere aufbaut. Selbst wer noch niemals in seinem Leben sich mit technischen Fragen irgend welcher Art beschäftigt hat, wird das Büchlein mit Nutzen lesen und fähig werden, Detektorempfänger für den Nahempfang, Niederfrequenzverstärker für Lautsprecherbetrieb und Audionempfänger für Orts- und Fernempfang selbst herzustellen. „Der moderne Radioamateurl“ gibt Anleitung zum Bau modernen Röhrenapparate, auch für Regenschluß und zum Bau von Regenschlußgeräten.



Fahrgeleise der Junkers „G 38“ Neben dem vorderen Laufrad ist deutlich der Bremszylinder samt Druckluftzuleitung und Bremsgestänge erkennbar

steigerung und -minderung in feinsten Abstufungen zulassen und auf ein Zehntel Atmosphäre genau anspielen. Sie wirken progressiv, d. h. jeder Stellung des Bremshebelhebels entspricht ein bestimmter Bremsdruck. Wird der Hebel vorgezogen, so steigt der Bremsdruck, wird er zurückgenommen, so fällt der Druck in gleichem Maße. Bleibt der Hebel in einer bestimmten Stellung stehen, so verharzt

